



Bündnis für 100 % tragfähige Daseinsvorsorge

Die dramatische Lage der sozialen Infrastruktur beenden!

Pressekonferenz am 15.03.2023

Ursula Engelen-Kefer, Landesvorsitzende SoVD Berlin-Brandenburg

Als Koordinatorin des Berliner Sozialgipfel Bündnisses
beginne ich mit dem Einstieg-in folgender Dreiteilung:

- Wer sind wir als Berliner Sozialgipfel?
- Was wollen wir mit unserem Positionspapier
„Bündnis für 100 Prozent tragfähige Daseinsvorsorge“?
- Forderungsbereiche aus der Sicht der Berliner Sozialverbände

Wer sind wir?

Als Berliner Sozialgipfel bestehen wir seit 2010.

Wir sind ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden (SoVD, VdK, AWO, Volkssolidarität – und demnächst auch der Humanistische Verband – sowie dem Berliner Mieterverein.

Wir tagen als Sozialgipfelbündnis in regelmäßigen Abständen – je nach Problemanfall – und führen im Allgemeinen jährlich einen Berliner Sozialgipfel zu einem sozialpolitischen Thema durch.

Diesmal wollen wir unsere Anforderungen an die neu zu bildende Berliner Regierungskoalition nach den Wiederholungswahlen darstellen.

Wir haben dazu das Thema einer tragfähigen Daseinsvorsorge gewählt – mithin die Behebung der gravierenden Mängel in der sozialen Infrastruktur Berlins.



Dies war auch einer der Gründe für die Entscheidung der Berliner Wählerinnen und Wähler bei den am 12. Februar erfolgten Wiederholungswahlen. Nach wenig mehr als einem Jahr im Amt wurde die vorherige rot-grün-rote Regierungskoalition vom Wähler abgestraft, und die CDU konnte erhebliche Stimmengewinne verzeichnen, während die FDP die 5-Prozent-Hürde in das Berliner Abgeordnetenhaus nicht schaffte.

Wir wollen unsere Anliegen und Forderungen an die schwarz-roten Koalitionäre für ihre Koalitionsverhandlungen herantragen.

Was verstehen wir unter einer tragfähigen Daseinsvorsorge?

Soziale Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Alterssicherung, Barrierefreiheit, Pflege, Mobilität, Wohnen und Bildung. Aber auch Schutz- und Sicherheitsdienste sowie eine funktionsfähige Verwaltung – seien es Einwohnermeldeämter, Sozialdienste, Wohngeldämter, KFZ-Zulassungsstellen und ebenso die von der Bundesagentur für Arbeit und Kommunen gemeinsam betriebenen Jobcenter.

Wer muss sich von Ihnen und uns nicht ständig mit endlosen Verfahren für Termine, Behandlung von Anträgen, kaum verständlichen Behördenschreiben, erzwungenen Wohnungswechseln, überlasteten Amtsmitarbeiterinnen und Amtsmitarbeitern herumschlagen? Ersparen Sie mir daher weitere Beispiele!

Aus Sicht der Sozialverbände möchte ich auf folgende drei Handlungsbereiche eingehen:

- Verwaltung
- Gesundheitswesen und Pflege
- Mobilität und Verkehr



Wir fordern von der künftigen Regierung:

1. Die Verwaltungen sowie die sozialen und gesellschaftlichen Träger müssen gestärkt werden:
Berlin muss gemeinsam mit der engagierten Zivilgesellschaft und sozialen Trägern die Bereiche der Daseinsvorsorge definieren und klare Zielzahlen und darauf ausgerichtete Maßnahmenpläne mit der dazu erforderlichen Regulierung entwickeln. Zum Beispiel auch durch Rekommunalisierung der Schulreinigung sowie Tarifierung, Mitbestimmung und bessere personelle sowie digitale Ausstattung aller öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, besonders in der Gesundheitsversorgung, der Pflege, bei sozialen Trägern, bei Bezirksämtern.
2. Das Gesundheitswesen ist grundlegend zu reformieren:
An Stelle der zunehmenden Kommerzialisierung und Orientierung an Renditen muss die Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen. Erforderlich dazu sind: ein besserer Personalschlüssel, höhere Löhne und humane Arbeitsbedingungen.
Berlin muss sich konstruktiv an der von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angestoßenen Krankenhausreform beteiligen und wie die anderen Bundesländer endlich seinen Verpflichtungen nachkommen, die Investitionskosten in den Krankenhäusern vollständig zu refinanzieren und damit die sachwidrige Belastung der Personalkosten zu beenden.
3. Auch die zunehmenden Pflegeleistungen in einer alternden Gesellschaft bedürfen einer grundsätzlichen Reform.
Pflege darf nicht länger ein zunehmendes Armutsrisiko für die Betroffenen bleiben. Vom Land Berlin sind zusätzliche Beiträge über den Härtefallfonds zu leisten. Dazu gehört maßgeblich die Ausbildung der Pflegepersonen.
Dabei muss die Belastung der Pflegeheimbewohner mit den Ausbildungskosten umgehend beendet werden.



4. Erforderlich ist ein guter öffentlicher Nahverkehr, der bezahlbare und barrierefreie Mobilität für alle bietet.

Ergänzend zum voraussichtlich am 1. Mai startenden bundesweiten 49-Euro-Deutschlandticket sind dauerhaft reduzierte lokale Preisangebote notwendig. Dazu gehören für Berlin das 29-Euro-Ticket und das 9-Euro-Sozialticket. Gleichzeitig müssen die Verkehrsangebote ausgebaut und die Investitionen in Fahrzeuge, Infrastruktur und Personal erheblich erhöht werden. Die Anforderungen aus dem novellierten Personenbeförderungsgesetz für Barrierefreiheit des ÖPNV sind endlich umzusetzen und müssen auch für die verbundenen Verkehre wie zum Beispiel Taxen gelten.